Bezugspreis:
Halbmonatl. in Neuenbürg 75 Goldpfg. Durch die Post im Orts- u. Oberamtsverkehr, sowie im sonst. inl. Verk. 93 G.-Pf. m. Postbestellgeb. Preise freibleib., Nacherhebung vorbehalten. Preis einer Nummer 10 Goldpfg.

In Fällen höh. Gewalt besteht kein Anspruch auf Lieferung der Zeitung od. auf Rückerstattung des Bezugspreises.

Bestellungen nehmen alle Poststellen, sowie Agenturen u. Austrägerinnen jederzeit entgegen.

Girokonto Nr. 24 O.A.-Sparkasse Neuenbürg.

Der Enztäler.

Anzeiger für das Enztal und Umgebung.

Amtsblatt für den Oberamtsbezirk Neuenbürg.

Erscheint täglich mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage.

Druck und Verlag der C. Meeh'schen Buchhandlung (Inhaber R. Sonne). Für die Schriftleitung verantwortlich R. Sonne in Neuenbürg.

Anzeigenpreis:
Die einsp. Petitzeile oder deren Raum im Bezirk 20, außerh. 25 Goldpfg., Rekl.-Zeile 80 Goldpfg. m. Inf.-Steuer. Kollekt.-Anzeigen 100%, Aufschlag. Offerte und Auskunfterteilung 20 Goldpfg. Bei größeren Aufträgen Rabatt, der im Falle des Mahnverfahrens hinfällig wird, ebenso wenn Zahlung nicht innerhalb 8 Tagen nach Rechnungsdatum erfolgt. Bei Tarifveränderungen treten sofort alle früheren Vereinbarungen außer Kraft.
Fernsprecher Nr. 4.
Für telefonische Aufträge wird keinerlei Gewähr übernommen.

№ 23. | Freitag, den 29. Januar 1926. | 84. Jahrgang.

Deutschland.

Pforzheim, 28. Jan. Gestern nachmittag um 5 Uhr veranstalteten die Kommunisten auf dem Marktplatz eine Kundgebung. Zwei Redner sprachen gleichzeitig auf beiden Hälften des Platzes. Sie forderten auf, einig zusammenzustehen, um möglichst bald den Volksentscheid über die Enteignung der Fürsten zugunsten der Kriegswitwen, Waisen, Kleinrentner und Erwerbslosen herbeizuführen. Der eine Redner bedauerte, daß die Sozialdemokratie sich noch nicht dazu verstehen könne, geschlossen mit den Kommunisten zusammenzuarbeiten. Mit einem Hoch auf den Volksentscheid wurden die Versammlungen geschlossen. Der Besuch war mäßig.

Kommunistische Demonstrationen gegen die Fürstenabfindung.

Berlin, 28. Jan. Kurz vor Mitternacht kam es noch zu einem blutigen Zusammenstoß zwischen Kommunisten und Nationalsozialisten in der Nähe des Charlottenburger Rathauses. Dort haben die Völkischen ihr Versammlungslokal. Als die Kommunisten von ihrer Demonstrationsversammlung auf dem Weg nach Hause zogen, stießen sie auf einen Trupp von 60 bis 80 Mitgliedern der nationalsozialistischen Arbeiterpartei, die eben von einer Kaisers-Geburtstagsfeier kamen. Es entspann sich ein Wortwechsel, der sofort in eine Schlägerei ausartete. Dabei sprang einer von den Völkischen auf einen vorüberfahrenden Straßenbahnwagen und gab mehrere Schüsse aus einem Revolver ab. Ein Kommunist erhielt einen Bauchschuß, ein anderer einen schweren Beckenschuß, außerdem wurde ein in der Nähe stehender Reichsbannermann erheblich verletzt. Es gelang der Polizei, den völkischen Revolverhelden, außerdem noch einige Rädelsführer von beiden Parteien, festzunehmen.

Ausland

Antideutsche Kundgebung in Neapel.

Rom, 28. Jan. Nach Blättermeldungen haben heute vormittag in Neapel 6000 Studenten und Mittelschüler gegen die „anti-italienische Hetze in Deutschland" demonstriert. Die Absicht, zum Mittelpunkt der Kundgebungen das Gebäude des deutschen Generalkonsulats zu machen, wurde von der Polizei vereitelt. Vom Balkon der Präfektur hielt der faschistische Sekretär von Neapel eine Ansprache an die Versammelten, in der er erklärte, das Ausland sei begreiflicherweise interessiert an einer italienischen Wiedergeburt und an seinem die Zukunft vorbereitenden Regime, daher wühle es, um den italienischen Anstrengungen Schwierigkeiten zu bereiten. Er forderte sodann die Demonstranten, die mit ihren Fahnen erschienen waren, auf, in Ruhe auseinanderzugehen. Auch die Einwohnerschaft beteiligte sich an diesen Kundgebungen. In Bari fanden ähnliche Kundgebungen statt. Zu irgendwelchen besonderen Zwischenfällen ist es nicht gekommen.

Herriots Blatt für vollkommene Räumung.

Paris, 28. Jan. Eine vernünftige Ansicht über die Rheinlandbesetzung äußert die heutige „Ere Nouvelle". Das Blatt schreibt: „Solange ein alliierter Soldat auf dem linken Rheinufer stehen wird, wird in Deutschland eine nationalistische Politik Aussicht auf Erfolg haben. Solange die französische Fahne auf deutschem Boden flattert, wird es immer möglich sein, in Deutschland den Gedanken der Befreiung deutschen Bodens zu vertreten. Infolgedessen wäre es das Beste, wenn man sich endlich dazu entschließen würde, dem Geist des Locarno-Vertrages entsprechend die vollkommene Räumung des besetzten Gebietes ins Auge zu fassen und dem Deutschen Reich zu geben, was des Deutschen Reiches ist." — Einstweilen ist die Ansicht des Organs Herriots allerdings nur die Stimme eines Predigers in die Wüste.

Englisches Unbehagen über Südtirol.

London, 28. Jan. Die in Deutschland herrschende Erregung wegen der Vergewaltigung der Tiroler Deutschen verursacht in englischen leitenden Kreisen Besorgnis. Der diplomatische Mitarbeiter des „Daily Telegraph" hat darüber erfahren, daß in den Beziehungen zwischen Deutschland und Italien eine ernstliche Spannung eingetreten sei. Mussolini habe der deutschen Regierung eine scharfe Note geschickt, in der er verlangt, daß die Deutsche Gesellschaft in Bayern wegen Boykottierung Italiens aufgelöst werde, widrigenfalls er weder deutschen Staatsangehörigen, noch deutschen Waren den Einlaß nach Italien gestatten werde. Die deutsche Regierung habe in einer persönlich gehaltenen Note geantwortet, daß die Gesellschaft eine private sei und daß es ein durchaus neues Verfahren darstellen würde, wenn die deutsche Regierung gegen sie vorginge. In englischen diplomatischen Kreisen hofft man, daß die jetzt für Italien so günstigen Abmachungen zwischen Churchill und dem Grafen Volpi über die italienische Kriegsschuld es England ermöglichen werde, auch zwischen Mussolini und Deutschland eine versöhnliche Vermittlerrolle zu spielen.

Aus Stadt, Bezirk und Umgebung.

Neuenbürg, 26. Jan. (Aus der Bezirksratssitzung vom 21. d. M.) Nach Erledigung einer Reihe von Sparkassenangelegenheiten wurde der vom Landesfeuerlöschinspektor geprüfte Vertrag mit der Firma Magirus Feuerwehrgeräte G. m. b. H. in Ulm über die Lieferung einer benzin-automobilen Magirus-Motor-Spritze unterzeichnet. Die Lieferung von Schläuchen für die neue Kraftfahrspritze wurde der Firma Gollmer & Hummel in Neuenbürg übertragen. Von dem an die Zentralkasse zur Förderung des Feuerlöschwesens eingereichten Gesuch um Verwilligung eines Beitrags von 50 Prozent der Anschaffungskosten der Kraftfahrspritze wurde Kenntnis genommen. (Der Beitrag wurde inzwischen in dieser Höhe verwilligt.) — An Stelle des ausgeschiedenen Bauführers Palatini wird ab 1. Februar d. J. Baumeister Krauß in Wildbad als Bauführer für die Erweiterung des Bezirkskrankenhauses privatrechtlich angestellt. Bezüglich der Vergebung einer Reihe von Arbeiten für die Krankenhauserweiterung erhält Oberamtsbaumeister Striebel die Ermächtigung zu deren Ausschreibung. — Erörtert wird die Frage der Aenderung der Bezirkssatzung über die Nachbarschaftsstraßen. Die Bezirksstraßenwärter Bodamer in Grunbach und Kull in Neusatz mußten auf Grund der Personalabbauverordnung ab 31. Januar 1926 in den bleibenden Ruhestand versetzt werden. Der Posten für die Strecke des Letzteren wurde nicht mehr besetzt, die Strecke vielmehr auf die anschließenden Wärterstrecken verteilt. Auch bezüglich der anderen Strecke soll geprüft werden, ob nicht durch eine andere Streckeneinteilung der Posten aufgehoben werden kann. — Der neugegründeten freiw. Sanitätskolonne Birkenfeld wurde ein Beitrag zugesagt. Ebenso der Fleckviehzuchtgenossenschaft Neuenbürg. Eine Reihe anderer Gesuche um Vereins- usw. Beiträge wurde teils abgelehnt, teils bis zur Beratung des Voranschlags für 1926 zurückgestellt. — Einen breiten Raum nahm die Aussprache über die Bekämpfung der Erwerbslosigkeit ein. Entsprechende Verhandlungen sind im Gang, daß außer den von einigen Bezirksgemeinden bereits beschlossenen Notstandsarbeiten solche auch seitens der Amtskörperschaft ausgeführt bzw. gefördert werden. — Weiter wurden erörtert, die heutige Finanzlage der Amtskörperschaft, die Anrechnung von Verzugszuschlägen seitens der Staatshauptkasse und Fragen des Steuereinzugs und der Steuerlieferung. — Die gegenwärtige wirtschaftliche Notlage großer Bevölkerungskreise und die Tatsache, daß nach den vorliegenden Landeszusammenstellungen die Preise im hiesigen Bezirk fast durchweg die höchsten im Lande sind, lassen es dringend geboten erscheinen, daß die Maßnahmen zur Herabsetzung der Preise im hiesigen Bezirk einheitlich und tatkräftig durchgeführt werden. Es wurde beschlossen, mit sofortiger Wirkung eine Bezirkspreisprüfungsstelle zu errichten (vergl. die Bekanntmachung vom 22. d. M. im „Enztäler" vom 23. Jan.).

Neuenbürg, 25. Jan. (Vortrag im Haus- und Grundbesitzer-Verein. Schluß.) Inzwischen hatte sich der Hauptredner, Stadtrat Reiner, Heilbronn, eingefunden, der in längeren Ausführungen über die trostlosen Auswirkungen der Wohnungszwangswirtschaft sprach, die gekennzeichnet sei durch Auswüchse schlimmster Art und Niederhaltung der Mieten. Nach der Revolution sei in den Köpfen vieler Volksvertreter, namentlich in Berlin, der Gedanke der Sozialisierung der Betriebe aufgetaucht, auch der Hausbesitz sollte sozialisiert werden. Es habe sich aber bald gezeigt, daß die Sozialisierung sich nicht durchführen lasse, weil die Betriebe wie die Häuser während der Kriegszeit so heruntergewirtschaftet wurden, daß sie nichts mehr abwarfen. Wäre die Sozialisierung beim Haus- und Grundbesitz gelungen, so hätte man heute ein Heer von Beamter als Verwalter unserer Häuser, und die Mieter müßten mehr für diese ausgeben, als was sie heute dem Hausbesitzer bezahlen. Dann wurden Gesetze über Gesetze gemacht, u. a. auch das Reichsmieten- und das Mieterschutzgesetz. Von beiden sagten Fachmänner, daß sie ungenügend vorbereitet und in ihren Wirkungen nicht genügend durchdacht waren. Was dies für ein Volk mit einer zerrütteten Wirtschaft bedeutet, haben Vermieter und Mieter zu ihrem Nachteil erfahren müssen. Früher wurden Gesetze mit peinlichster Sorgfalt durch Facharbeiter vorberaten und wiederholt durch Kommissionen durchgearbeitet, ehe sie überhaupt an den Reichstag gelangten, heute werden sie geradezu durchgepeitscht, ohne daß sich die große Zahl der Volksvertreter genauer mit ihrem Inhalt und ihrer Tragweite vertraut mache. Die Wohnungsnot sei nicht in dem Maße vorhanden, wie sie von gewisser Seite dargestellt werde in der Absicht, die Wohnungszwangswirtschaft bis ins unendliche auszudehnen. Die Wirkungen wären für den einzelnen nicht so traurig, aber sittlich seien sie katastrophal. Im § 153 der deutschen Reichsverfassung werde das Eigentum gewährleistet, nach § 164 ist der selbständige Mittelstand in Landwirtschaft, Gewerbe und Handel vor Aufsaugung zu schützen. Die Wohnungszwangswirtschaft stehe dazu in grellem Gegensatz, sie sei durch ihre Auswirkungen geradezu verfassungswidrig. Der Vermieter sei nach den beiden genannten Gesetzen der Willkür renitenter Mieter preisgegeben. Klagen seien in der Regel ohne Erfolg. Die Vermieter müssen noch eine Zeit lang die Zähne zusammenbeißen, aber es komme noch einmal die Zeit, wo diese unheilvolle Zwangswirtschaft, dieses letzte Ueberbleibsel einer trüben Zeit, falle. Wenn nach langen Kämpfen endlich eine 5prozentige Erhöhung der Mieten erstritten werde, so heiße es, das sei in der Wirtschaft nicht tragbar, wenn aber dieselbe Regierung eine 40prozentige Steuererhöhung bringe, das sei tragbar. Dabei komme eine 5prozentige Erhöhung der Miete dem täglichen Verzicht auf eine Zigarette gleich. Hätte man früher vernunftgemäß gehandelt, und dem wirtschaftlich Starken eine höhere Miete angesetzt, wenn er nicht selbst bauen wolle, oder ihn zu einem Fonds veranlaßt, der zum Bau von Wohnungen Verwendung hätte finden können, dann hätten wir keine Wohnungsnot, und die Mieter müßten nicht auch noch Gebäudeentschuldungssteuer mitbezahlen. Letztere hätten sich in das eigene Fleisch geschnitten, indem sie das Mieterschutzgesetz noch auf die Wohlhabenden ausdehnten. Wenn das Ergebnis einer Gesetzgebung derart trostlos sei, dann müsse der Weg der Besserung beschritten werden. Infolge der allgemeinen Not und der riesigen Belastung dämmere es jetzt in den Reihen der Hausbesitzer, und sie folgen dem Rufe zum Zusammenschluß und zur Abwendung der ihnen immer stärker drohenden Gefahren. Hätten sie dem Rufe der Führer bälder gefolgt, dann wäre es heute besser. Die Hausbesitzer tragen zum großen Teil selbst die Schuld an diesen Zuständen durch ihre Gleichgültigkeit. In der Inflationszeit wurde nach der Statistik in Berlin ein Fünftel der Häuser mit einem Friedenswert von 100 000 Mark zu 800 bis 1000 Mark an Ausländer verschleudert, weil die Unterhaltungskosten infolge zu niederer Mieten nicht mehr aufgebracht werden konnten. Jetzt, nachdem die Häuser im Preise anziehen, werden dieselben Häuser von den Ausländern zum Preise von 12—15 000 Mark wieder verkauft. Vor einigen Monaten gab der preußische Innenminister Hirtsiefer einen Erlaß heraus mit der Ueberschrift: „Instandsetzung der Verfallhäuser". Die Häuser waren verfallen infolge der Niederhaltung der Mieten. Nun sollen diese Verfallhäuser auf öffentliche Kosten in Stand gesetzt werden. Gegen ein solches Ministerium gehöre Sturm gelaufen. Einer Abordnung der Hausbesitzer wurde vom Reichsarbeitsminister vor kurzem zugesagt, daß in einer absehbaren Zeit mit einer 100—150prozentigen Miete gerechnet werden könne. Was nütze eine derartige Miete, wenn der Staat davon 120 Prozent für Steuern verlange. Die Mieter verlangen, daß die Zwangswirtschaft nicht abgebaut, sondern weiter ausgebaut werde. Redner wies auf die drohenden Gefahren hin, welche dem Haus- und Grundbesitz durch die Bestrebungen der Bodenreformer erwachsen, wornach je nach Lage des Falles und der Zweckmäßigkeit Grund und Boden den Besitzern enteignet werden könne. Durch diese Bodenreformbestrebungen drohe auch dem ländlichen Grundbesitz Gefahr. Es dürfe nichts unversucht bleiben, damit solchen Raubgelüsten Einhalt getan werde. Das Zustandekommen eines solchen Gesetzes würde jegliche Initiative und Tatkraft des einzelnen untergraben. Eine scharfe Kontrolle der Reichstagsabgeordneten müsse einsetzen, um festzustellen, ob sie bei Abstimmungen das vor den Wahlen den Hausbesitzern gegebene Versprechen einlösen. Wege zur Besserung seien zu erblicken in der Gewinnung von Verbündeten und zwar in der Großindustrie, in Berlin habe eine Tagung der Bankier eine Entschließung gefaßt, daß jede Zwangswirtschaft in Deutschland restlos verschwinden müsse. Weitere Verbündete seien die sog. Wohnungsuchenden; auch sie fordern unbedingte Beseitigung der Wohnungszwangswirtschaft. Sie hätten den Nachweis erbracht, daß sie als Untermieter das Drei- bis Vierfache bezahlen müssen. Sobald die Miete wirtschaftlich ist, sei die Wohnungsnot zum größten Teil behoben. Jeglicher Wohnungsluxus, wie ihn oft alleinstehende Frauen und Witwen sowie kleine Haushalte mit 3, 4 und noch mehr Zimmern treiben, müsse aufhören. Ein weiterer Verbündeter sei die Deutsche Hausbesitzer-Zeitung, die restlos für Wahrung der berechtigten Interessen der Hausbesitzer eintrete. Ein Hauptfaktor zur Besserung sei aber der Hausbesitzer selbst. In Württemberg hätten wir zwei Drittel Vermieter und ein Drittel Mieter, in Deutschland 55 Prozent Vermieter und 45 Prozent Mieter je einschl. der Landwirtschaft. In dem Augenblick, wo der Hausbesitzer restlos organisiert sei, müsse die Wohnungszwangswirtschaft fallen. Es hänge zu einem großen Teil vom Hausbesitzer ab, ob dieses Ziel bald erreicht werde. Dazu gehöre in erster Linie vollzähliger Besuch der Versammlungen und restloser Zusammenschluß aller Hausbesitzer. Dieser Ruf an alle Hausbesitzer, auch an jene, welche keine Mieter haben, denn mit den Steuern werden sie nicht übergangen, könne nicht oft und nicht laut genug erhoben werden. Wenn der deutsche Hausbesitz sich auf seine Organisation besinne und Disziplin halte, dann dürfe er die Hoffnung hegen, daß es ihm wieder besser gehe. Der Mittelstand und der deutsche Hausbesitz dürfen nicht untergehen, wenn Deutschland gesunden solle.

Der Vorsitzende unterstrich die Worte des Hauptredners und forderte ebenfalls zu restlosem Zusammenschluß aller Hausbesitzer auf. Mit einem weiteren Vortrag über Steuerfragen, an welchen sich eine kurze Aussprache schloß, und Dankesworten an den Hauptredner fand die Versammlung ihren Abschluß.

Neuenbürg, 26. Jan. (Eingesandt.) Am Sonntag hielt die hies. Wehrwolf-Ortsgruppe in Verbindung mit einer Reichsgründungsfeier ihre erste öffentliche Versammlung ab. In erfreulich großer Zahl waren die treuen Kameraden von Pforzheim, Wildbad, Gräfenhausen, Calmbach und Höfen und in ziemlicher Anzahl auch Bürger, Frauen und heranwachsende Mädchen von Neuenbürg erschienen, und sie alle haben es nicht bereut; denn es waren Stunden voll edlen, vaterländischen Hochgefühls, die sie da erleben durften. Den musikalischen Teil bestritt neben Herrn und Frau Fabrikant Wittwer, die mit schönen vaterländischen Gesängen erfreuten, die unermüdliche Hauskapelle der Pforzheimer Freunde, die mit ihren schneidigen Weisen willkommene Ausschmückung und Abwechslung ins Ganze brachte. Der deklamatorische Teil wurde von den Wehrwolfkameraden und Schwestern H. Musch, L. Walz, K. und E. Widmaier in musterhafter Weise mit teilweise geradezu an künstlerische Leistungen gemahnender Gestaltungskraft durchgeführt. Nach einem von Herrn Schriftsteller Webel eigens für die Feier gedichteten und von ihm auch markig und eindrucksvoll wiedergegebenen Vorspruch ergriff der Vorsitzende der hiesigen Ortsgruppe, Herr Oberreallehrer Widmaier, das Wort zur Ansprache für die Reichsgründungsfeier, welche aus einem Rückblick in die fernere und in die jüngste Geschichte des Reiches den Glauben an dessen festgefügten Bau und die Mahnung, zu dessen Erhaltung kraftvoll beizutragen schöpfend machtvoll ausklang mit zwei Versen des spontan und begeistert angestimmten Deutschlandliedes. Als zweiter Redner sprach über Zweck und Ziel der Wehrwolfbewegung der Bezirksführer, Herr Frey-Pforzheim. Das Zerrbild, welches von pazifistischer und antinationaler Seite oft von den vaterländischen Vereinigungen entworfen wird, geistvoll widerlegend, führte er etwa aus: Unsere Ziele sind so rein und edel, daß jeder deutsche Mann und jede deutsche Frau ihnen beitreten kann, ja letzten Endes beitreten muß. Wie das Wort unseres Kaisers: „Ich kenne keine Parteien mehr" ein vortreffliches Wort war, so wollen auch wir nicht Deutsche gegen Deutsche hetzen, sondern nur Einigkeit, Recht und Freiheit für das Deutsche Vaterland. Aber wir wollen für den Wiederaufbau des geknechteten Vaterlandes, für das wir Frontkrieger vier Jahre lang tausendmal unser Leben ausgesetzt haben, dessen teurer Name aber bei unserer Heimkehr für leider sehr viele nur Spott und

LANDKREIS CALW Kreisarchiv Calw

Hohn bedeutete, unsere ganze Kraft einsetzen. Als die schlimme Zeit, da die dunkelsten Gestalten sich zu Herren der Straße gemacht hatten, überwunden war, da schlossen sich die alten Frontkrieger zusammen, und auf ihre Fahne hatten sie geschrieben: „Lieber tot als Sklav!"; und die gerissenen Lücken wieder aufzufüllen, dazu bist du berufen, deutsche Jugend! Du sollst dir den Gedanken Friedrichs des Großen: „Sei der erste Diener deines Staates!" zur Richtschnur dienen lassen; der Geist der Entsagung, der Pflichttreue, dieser Geist von Potsdam erfülle dich! Und wenn bei stärkendem Wandergang dir Seele und Leib sich erlaben, wenn du, wie es dir Pflicht ist, körperliche Uebungen treibst, so zeige, daß Manneszucht, Ordnungsliebe und Kameradschaftlichkeit in dir noch lebt! Wir kennen aber auch keine Standesunterschiede; entscheidend für uns ist einzig und allein die Gesinnung. Auch du gehörst zu uns, deutscher Arbeiter, wir wissen, daß unter deinem Arbeitskittel oft mehr vaterländische Gesinnung steckt, als unter der seidenen Weste des Hurrapatrioten; reiche mir die Hand, und du bist mein Kamerad. Ueber zwei Millionen deutscher Männer weht schon die Wehrwolffahne, allein aus dem Norden haben wir im letzten Jahr einen Zuwachs von 70 000 Mann erhalten, am 14. Januar d. J. haben wir allein 42 neue Ortsgruppen gegründet. Hilfe kommt unserem armen Volke nur, wenn es sich das Wort zur Losung nimmt, das auf unserer Wehrwolffahne geschrieben steht: „Hilf dir selbst, dann hilft dir unser Herre Gott!". Mit trefflichen, markigen Worten wandte sich dann noch besonders an die Jugend Kamerad Kohlmann, ein bewährter Frontkrieger von 52 Jahren unter Hinweis auf das eigene Beispiel der Opferfreudigkeit noch des gereiften Alters mit der Mahnung, alle Kraft einzusetzen zur Wiedererstarkung des deutschen Vaterlandes. Im Gefühl hoher Befriedigung trennten sich die Kameraden nach 3½stündigem Beisammensein.

(Wetterbericht.) Der Hochdruck im Süden übt den Haupteinfluß auf die Wetterlage aus. Die Depression im Norden kommt nur wenig zur Geltung. Für Samstag und Sonntag ist zeitweise bedecktes, aber in der Hauptsache trockenes Wetter zu erwarten.

Württemberg.

Calw, 28. Jan. (Hausverkauf.) Der Gemeindeverband Teinach hat das Anwesen von Fabrikant Bürgenstein an der neuen Altburgerstraße um 24 000 Mark käuflich erworben. Das Haus, das vor dem Krieg erbaut wurde, kam bei seiner Erstellung viel teurer zu stehen.

Bahlingen a. E., 28. Jan. (Aufhebung des Amtsgerichts?) Seit einiger Zeit beschäftigt sich das Justizministerium mit der Frage der Aufhebung des hiesigen Amtsgerichts. Ein Teil der Bezirksgemeinden soll nach einer Blättermeldung dem Amtsgericht Maulbronn zugeteilt und die übrigen weiter entfernt liegenden Gemeinden je nach ihrer geographischen Lage anderen Amtsgerichten zugewiesen werden. Man ist sich hier wohl bewußt, daß dieses Vorgehen der Anfang zur Oberamtsauflösung ist. Zum Protest gegen ein derartiges Vorhaben, dessen Verwirklichung allen hiesigen Geschäften großen Nachteil bringen würde, begab sich eine Kommission nach Stuttgart.

Stuttgart, 28. Jan. (Bahnhofneubau.) Die Arbeiten zu dem noch fehlenden Teil des neuen Bahnhofs, für die bekanntlich die Stadt Stuttgart der Reichsbahnverwaltung die Mittel vorgestreckt hat, sind jetzt mit Eintritt günstigerer Witterung begonnen worden. Seit heute sind zahlreiche Leute mit Erdarbeiten beschäftigt.

Münster a. N., 28. Jan. (Der Alkohol.) Samstag nacht hat ein Schupobeamter einer zechenden Gesellschaft — meist Mitglieder des Gesangvereins Eintracht-Frohsinn — in einer hiesigen Wirtschaft Feierabend. Es kam lt. Schwäb. Tagwacht zu Wortwechsel und Handgreiflichkeiten gegen den Beamten, der dann telefonisch Verstärkung anforderte. Zwei Lastautos mit etwa 40 Schutzleuten unter Führung eines Offiziers waren bald zur Stelle. Es wurden zahlreiche Verhaftungen aus der teilweise sinnlos betrunkenen Menge vorgenommen, von denen sich einige mit Latten bewaffnet hatten. Ein durch Säbelhieb verletzter Einwohner von Münster konnte noch in der Nacht genäht werden.

Geislingen, 28. Jan. (Arbeitseinschränkung.) Die Verschlechterung der wirtschaftlichen Verhältnisse schreitet erschreckend weiter. Die Württ. Metallwarenfabrik hat die Arbeitszeit weiter eingeschränkt. Die Mehrzahl der Werkstätten arbeitet diese Woche nur drei Tage.

Amstetten, OA. Geislingen, 28. Januar. (Eine Wette.) Bei der am 26. Januar abends im Gasthaus zur „Linde" vorgenommenen Holzversteigerung kam u. a. auch Stammholz zur Versteigerung. Da es nun dem Käufer eines Stammes wegen der Abfuhr an der steilen Bergeshöhe bange wurde, meldeten sich zwei biedere Bäuerlein und wetteten gegen ein Fäßchen Bier, dem Käufer den 6. Klasse-Stamm noch am selbigen Abend vor das Verkaufslokal zu tragen. Die Wette wurde eingegangen. Abends um ½9 Uhr marschierten die Beiden unter Aufsicht des Käufers ab und trafen um ¼10 Uhr mit dem Stamm schweißtriefend unter dem Jubel der Anwesenden ein. Da konnte man sehen, was unsere rauhe Alb für kräftige Leute beherbergt.

Schwenningen, 28. Jan. (Zur Notlage.) Der Gemeinderat hat einen sozialdemokratischen Antrag, Mk. 10 000 für Unterstützung der Notleidenden zu bewilligen und das Geld durch eine vierprozentige Nachumlage zu beschaffen, mit 14 gegen 8 Stimmen abgelehnt. Angenommen wurde dagegen ein Antrag zur Unterstützung der Notleidenden 5000 Mark zu bewilligen.

Riedlingen, 28. Jan. (Verhaftung.) Der Zigeuner Joh. Reinhardt, der am Samstag abend den Zigeuner G. A. Reinhardt tödlich verletzte, konnte festgenommen und gefesselt ins Amtsgericht eingeliefert werden. — Mittwoch früh fand die Beerdigung des Erschossenen unter großer Beteiligung der Verwandten und Stammesgenossen statt. Am Grabe hatte sich eine große Menschenmenge eingefunden, die dem eigenartigen Begräbnis beiwohnen wollte. Eine Zigeunerkapelle spielte mit einer Wärme, die auch die unbeteiligten Zuschauer ergriff und ihnen die menschliche Tragödie eines gewaltsamen Todes näher brachte. Alles, was an den Toten erinnert, wurde von der Witwe verkauft oder vernichtet. Der Wagen des Verstorbenen wurde verbrannt.

Ulm, 28. Jan. (Vom Waldbesitzerverband.) Der Waldbesitzerverband veranstaltete am 25. Januar hier unter dem Vorsitz des Grafen von Rechberg eine Gauversammlung, zu der die Vertreter der waldbesitzenden Gemeinden und Privaten Oberschwabens und der nordöstl. Alb fast vollzählig erschienen waren. Im Vordergrund der Aussprache stand die Holzmarktlage, über die Forstmeister Dannecker eingehend berichtete. Es kam die übereinstimmende Ansicht zum Ausdruck, daß das Herabsinken der Rundholzpreise die Lage der Land- und Forstwirtschaft geradezu verhängnisvoll gestaltet und die Wirtschaftlichkeit der Gemeinde- und Privatforstbetriebe angesichts der übersteigerten Steuern und Betriebsausgaben in Frage stellt. Die weitere Aussprache erstreckte sich auf die Brennholzabgabe an bedürftige Kriegsbeschädigte, die gemeinsame Eingabe des Waldbesitzerverbands, Städte- und Gemeindetage betr. den Bewirtschaftungsbeitrag der waldbesitzenden Gemeinden sowie die Bewertung des Waldvermögens nach dem neuen Reichsbewertungsgesetz. Die aus der Hauptversammlung im Dezember hervorgegangenen Beschlüsse erfuhren eine neue Beschäftigung.

Hall, 28. Januar. (Der Saalbau.) Der Haller Saalbau dürfte nun bald seiner Verwirklichung entgegengeführt werden, nachdem seit Jahresfrist über seine Notwendigkeit im Gemeinderat und in der Bürgerschaft beraten, beschlossen und geredet, aber kein ernsthafter Anfang gemacht worden ist. Nachdem die Saalbaukommission mit dem Referenten der Ministerialabteilung für Bezirks- und Körperschaftsverwaltung in Stuttgart eine Unterredung gehabt hat und ihr gesagt worden ist, daß dem Saalbau keine Hindernisse mehr im Weg stehen, faßte der Gemeinderat den Beschluß, das Stadtbauamt zu beauftragen, nunmehr die Arbeiten zur Vergebung auszuschreiben und alsbald mit dem Bau zu beginnen. Eine Besichtigung der Festsäle in Heidenheim, Mühlacker und Tübingen soll noch vorhergehen.

Baden.

Pforzheim, 28. Jan. Die hiesige Freie Metzgerinnung hat wieder eine Ermäßigung der Fleischpreise eintreten lassen. Von heute mittag ab kostet Rind- und Ochsenfleisch 1. Güte statt 1,12 nur noch 1,04 M., 2. Güte statt 96 nur 88 Pfg., Kuhfleisch 1. Güte wird von 78 auf 74, 2. Güte von 68 auf 64 Pfg. ermäßigt. Beim Kalbfleisch beträgt der Abschlag ebenfalls 4 Pfg., sodaß man jetzt statt 1,40 nur noch 1,36 M. bezahlt. Die neuen Preise hängen in den Metzgerläden aus.

Aus Baden, 27. Jan. Der Hofbauer Severin Künstle aus Schapbach war mit seinen beiden Söhnen auf der Jagd, wobei der 12 Jahre alte Sohn Severin eine Kopfbedeckung in der Farbe eines Hasenfells hatte. Der ältere Bruder glaubte ein Wild vor sich zu haben und schoß auf die Kopfbedeckung. Mehrere Schrotstücke drangen in den Kopf ein; der getroffene Knabe mußte in bewußtlosem Zustand ins Krankenhaus eingeliefert werden.

Vermischtes.

Einer, der seine Berge nicht kennt. Im „Löwen" in Pforzheim lachte die Sonne zum Fenster herein. Ein herrliches, alpines Bild sah man vor sich. Der breite Rücken der Zugspitze, von der Sonne beschienen, bot sich dem Auge in majestätischer Größe. Ueberwältigt von diesem Anblick fragte ein Winterfrischler: „Wat ist das for ein großer Berg?" Ein Einheimischer antwortete bescheiden: „Das ist die Zugspitze". Ein Ehrwalder protestierte, er sagt: „Das is Zugspitz'n nöt". Die anderen Anwesenden wiederholen: „Das ist die Zugspitze". Der Ehrwalder gibt nicht nach; er wiederholt seinerseits: „Das is Zugspitz'n nöt, i wett main Kopf, i wett main Vermög'n". Der Mattheis wird herbeigerufen. „Was ist das für ein Berg?" „Die Zugspitz'n!" Die Tochter des Hauses, der Knecht, die Magd, alle bestätigen: „Das ist die Zugspitze!" Der Ehrwalder „Dös is Zugspitz'n nöt, i wett main Kopf, i wett main Vermög'n!" Da kam des Wegs der Aggenstein-Hüttenwart. Auf die Frage der andern, was das für ein Berg sei, strich er sich seinen mächtigen Gambrinusbart und sagte mit Bestimmtheit, die kein Zweifel zuließ: „Dös is Zugspitz'n!" Auf die Einwendungen des Ehrwalders sagte er zu diesem: „Von Ehrwald aus gesehen, sieht die Zugspitze halt anders aus. Wann's dei Frau von hinten ansiehst, sicht's auch anders aus als von vornen!"

Das Polizeiarrestlokal in Brand gesteckt. In Günzburg mußte der Viehhändler Xaver Schuster aus Reisensburg wegen Ruhestörung in den Polizeiarrest eingeliefert werden. Gleich bei der Einlieferung schlug er alles zusammen und zündete im Laufe der Nacht seinen Strohsack an, sodaß das ganze Lokal bald in hellen Flammen stand. Der Feuerwehr gelang es, den Brand zu löschen. Schuster, der wegen eines Lustmordes in einer Heilanstalt untergebracht war, wurde wieder dorthin verbracht.

Als Warnung verhängte das Kölner Schöffengericht über 34 Kölner Metzger je drei Tage Gefängnis, umgewandelt in eine Geldstrafe von je 30 Mark, zuzüglich 20 Mark Geldbuße. Bei einer Revision, die im September und Oktober bei den Kölner Metzgern abgehalten worden war, ist festgestellt worden, daß die jetzt Bestraften Schweinekoteletts zu je 10 Pfg. das Pfund teurer verkauft hatten als über 500 andere Metzger. Wegen der grundsätzlichen Seite der Frage wurde dieser Prozeß wegen Preiswuchers angestrengt. In der Urteilsbegründung heißt es: Man müsse heute unbedingt wieder mit dem Pfennig rechnen. Das Volk leide ungeheuer schwer, und ein jeder einzelne müsse zur Besserung der wirtschaftlichen Notlage beitragen. Man habe bei diesem ersten großen Wucherprozeß nicht Menschen treffen wollen, die an und für sich in ihrem Gewerbe ebenfalls mit der schweren Wirtschaftslage zu kämpfen hätten, man müsse aber unbedingt ein Exempel festlegen, zumal Hunderte von Handwerkern anders gerechnet und den Preis der allgemeinen Marktlage angepaßt hätten.

Großfeuer. In Zittau zerstörte ein Großfeuer einen Teil der mechanischen Weberei, einer der größten dortigen Textilfabriken. Stark in Mitleidenschaft gezogen wurden besonders die Schlichterei und die Spulerei, sowie der große, etwa 700 Stühle umfassende Websaal. Auch zahlreiche Webmaschinen und große Mengen von Halbfabrikaten verbrannten. Die Höhe des Schadens läßt sich zur Zeit noch nicht übersehen. Die mechanische Weberei ist seit ihrem Bestehen bereits 5 oder 6 Mal vom Brande heimgesucht worden.

Handel und Verkehr.

Stuttgart, 28. Januar. Dem Donnerstagmarkt am Vieh- und Schlachthof wurden zugeführt: 21 Ochsen (unverkauft 11), 10 Bullen, 70 (10) Jungbullen, 85 (10) Jungrinder, 30 Kühe, 289 Kälber, 564 (30) Schweine und 7 Schafe. Erlös aus je 1 Zentner Lebendgewicht: Ochsen 1. 42—44 (letzter Markt 43—45), 2. 30—40 (32—40), Bullen 1. 42—44 (45—46), 2. 37—41 (39—44), 3. 32—36 (32—37), Jungrinder 1. 44—48 (46—49), 2. 38—42 (39—45), 3. 30—36 (30—37), Kühe 1. 28—38 (unv.), 2. 16—26 (unv.), 3. 12—15 (12—16), Kälber 1. 68—71 (72—75), 2. 60—66 (64—70), 3. 50—58 (54—60), Schafe 1. 65—70 (64—67), 2. 32—58 (34—38), Schweine 1. 76—78 (78 bis 79), 2. 73—75 (76—77), 3. 70—72 (72—75), Sauen 54—68 (58—75) Mark. Marktverlauf: Langsam, Ueberstand.

Stuttgart, 28. Jan. (Landesproduktenbörse.) Die Lage auf dem Getreidemarkt ist unverändert. Die Preise haben keine Veränderung erfahren: Weizen 22.50—25, Sommergerste 19—21.50, Roggen 17.50—18, Hafer 16.50—18.50, Weizenmehl 42—43, Brotmehl 34—35, Kleie 9.75—10.25, Wiesenheu 6.25—7.25, Kleeheu 7.25 8.25, drahtgepreßtes Stroh 4—4.50 Mk. pro Doppelzentner.

Neueste Nachrichten.

Stuttgart, 28. Jan. Hier folgten gestern viele tausende Werktätige aller Schichten der Bevölkerung dem Rufe der Kommunistischen Partei zur Kundgebung gegen den Fürstenraub und für den Volksentscheid. Auf dem Marktplatz und den angrenzenden Straßen und Trottoirs mögen etwa 10 000 Personen versammelt gewesen sein. Der Kommunist Hörnle sprach zu den Massen über die furchtbare Wirtschaftskrise, die Forderungen der Fürsten und rief die Massen auf zur Durchführung des Volksentscheids für deren entschädigungslose Enteignung. Am Schluß der Kundgebung formierte sich ein Demonstrationszug mit vielen Plakaten, Transparenten und roten Fahnen. Auf dem Wilhelmsplatz wurde der Zug nach einer kurzen Ansprache aufgelöst.

München, 28. Jan. Im sogenannten Perlacher Mordprozeß, bei dem Leutnant Pölzing und Vizewachtmeister Prüfert wegen Erschießung von zwölf Perlacher Arbeitern angeklagt und freigesprochen waren, hat der Staatsanwalt gegen das freisprechende Urteil Berufung eingelegt.

Düsseldorf, 28. Jan. Heute früh wurde in der Großen Einkaufs- und Produktionsaktiengesellschaft (Gepag) in Düsseldorf-Meisholz infolge Kurzschlusses ein Teil der Anlagen durch Großfeuer vernichtet.

Gelegenheit zu sparen haben Sie am besten, wenn Sie Ihren Bedarf in **Anzügen, Winter-Mänteln, Schweden- und Gummi-Mänteln, Lodenjoppen, Windjacken und Arbeitshosen** bei mir decken.
Franz Gratz, Herren- u. Burschenkonfektion, Pforzheim, Leopoldstraße 7b
1 Treppe.

Stockholm, 28. Jan. Die schwedische Akademie der Wissenschaften hat zum Mitglied der ausländischen Abteilung der ökonomischen Klasse den Reichskanzler Dr. Luther gewählt. In einem Artikel des „Svenska Dagbladet" nimmt der große Gelehrte Gustav Cassel zur Begründung für diese Wahl das Wort und sagt: Der Name Luthers ist für alle Zeiten mit einem merkwürdigen Kapitel der Wirtschaftsgeschichte verknüpft. Luther hat namentlich ein wesentliches Verdienst an der Beseitigung der deutschen Inflation und der Schaffung einer festen deutschen Währung."

Berlin, 29. Jan. Der Geschäftsordnungsausschuß des preußischen Landtags erteilte aufs neue die Genehmigung zur Strafverfolgung der kommunistischen Abgeordneten Kriebel-mann und Lademann wegen Gotteslästerung bzw. wegen Beleidigung der Kirche. Die entsprechenden Anträge waren vom Plenum an den Ausschuß zurückverwiesen worden. — Die Deutsche Verkehrskreditbank A.-G. hat die Gebühren für die von ihr gewährte halbmonatliche Stundung von Eisenbahngüterfrachten im Einvernehmen mit der Hauptverwaltung der Deutschen Reichsbahn-Gesellschaft von 3 vom Tausend auf 2 vom Tausend herabgesetzt. Die Ermäßigung tritt am 1. Februar in Kraft. — Die Schüsse, durch die bei dem gestrigen Zusammenstoß von Nationalsozialisten und Kommunisten am Wilhelmsplatz in Charlottenburg mehrere Personen verletzt wurden, sind von dem 21-jährigen Viktor Schirrbaum, der der Nationalsozialistischen Arbeiterpartei angehört, abgegeben worden.

London, 29. Jan. Seit Sonntag kämpft der englische Dampfer „Errington Court" auf dem Atlantischen Ozean steuerlos gegen den schwersten Sturm. Ein drahtloses Telegramm des Dampfers „Hada" besagt, daß das Steuer des Dampfers „Errington Court" gebrochen und der erste Offizier tot sei. Der Dampfer hat eine Ladung Anthrazitkohlen an Bord. Die Besatzung besteht aus 35 Mann.

London, 28. Jan. Westaustralien wurde von einem Wirbelsturm heimgesucht, der ungeheuren Schaden anrichtete. Die Häuser wurden förmlich zusammengedrückt. Eine Flotte von Perlfischerbarken, ungefähr 200 an der Zahl, versank. Auch in Neusüdwales richtete der Sturm große Verheerungen an. Das Dach eines großen Luxushotels wurde 300 Fuß weit fortgeschleudert.

Newyork, 28. Jan. Der Dampfer „Präsident Roosevelt" meldet durch Funkspruch: Während einer vorübergehenden Sturmstille wurden 12 Mann von der Besatzung des englischen Frachtdampfers „Antinoe" (nicht „Antigone", wie irrtümlich berichtet wurde) von der „Roosevelt" gerettet. Wenn sich der Sturm legt, wird „Präsident Roosevelt" versuchen, den Kapitän und 12 Mann der Besatzung zu retten. Während der Rettungsarbeiten hat die „Roosevelt" zwei Mann und fünf Boote verloren.

Newyork, 28. Jan. Der Dampfer „Präsident Roosevelt" meldet durch Funkspruch, daß der aus 13 Mann bestehende Rest der Besatzung des Dampfers „Antinoe" gerettet worden ist. Der „Antinoe" selbst treibt auf dem Meere. Sie bildet eine Gefahr für die Schiffahrt.

Württembergischer Landtag.

Stuttgart, 28. Jan. Der Landtag nahm heute in der Lesung der Gesetzentwürfe betr. die Ausgabe der Lebensbezüge und betr. die Bürgschaften für das Deutsche Auslandsinstitut sowie für Darlehen zugunsten der württembergischen Wirtschaft nebst den dazu beantragten Entschließungen an. Dazu gab es eine fast die ganze Sitzung ausfüllende Debatte über die Not der kaufmännischen Angestellten, über Erwerbslosenfürsorge, Kurzarbeiterunterstützung und Schaffung von Notstandsarbeiten. Die Kommunisten beantragten dazu die Bereitstellung von 10 Millionen für die Ausführung von Notstandsarbeiten, die Wiedereinführung der Kurzarbeiterunterstützung, die gesetzliche Festlegung des Achtstundentags, die restlose Beseitigung der Pflichtarbeit für alle Erwerbslose und Erhöhung der Erwerbslosenunterstützungssätze um 50 Prozent. Die Sozialdemokratie verlangte einmalige Unterstützung der Erwerbslosen, Bewilligung der hiezu erforderlichen Mittel, Erhöhung der Erwerbslosenunterstützung, Einführung der Kurzarbeiterunterstützung und Bereitstellung weiterer Mittel für Notstandsarbeiten. Staatsrat Rau erwiderte auf die Ausführungen zahlreicher Redner, man könne die Hoffnung haben, daß die stürmische Aufwärtsbewegung der Erwerbslosenziffern in Württemberg nunmehr einem langsameren Tempo Platz machen werde. Eine Zusammenstellung der geplanten Notstandsmaßnahmen werde dem Landtag demnächst zugehen. Wegen Einführung der Kurzarbeiterunterstützung sei das Arbeitsministerium bei der Reichsregierung vorstellig geworden, aber nicht durchgedrungen. Entschieden verwahrte sich der Redner gegen den Vorwurf der reaktionären Haltung des Arbeitsministeriums. Die kommunistischen und sozialdemokratischen Anträge wurden abgelehnt, angenommen dagegen der Ausschußantrag auf Berücksichtigung der Eingabe des Deutschnationalen Handlungsgehilfenverbandes betr. die Not der Angestellten und Erwägung der übrigen Eingaben. Schließlich wurde noch der Ausschußantrag angenommen, die Aufwandsentschädigung für die Vollzugsbeamten der staatlichen Ortspolizei und die Kriminalpolizeibeamten mit Wirkung vom 1. Oktober 1925 ab zu verbessern. Die nächste Sitzung findet im Laufe des Monats Februar statt.

Erhöhung der Gebäudeentschuldungssteuer.

Durch einen Erlaß des Ministeriums des Innern und der Finanzen werden die Gemeindebehörden usw. darauf hingewiesen, daß nach Artikel 7 Nr. 2 Absatz 1 des Staatshaushaltsgesetzes für 1925 die staatliche Gebäudeentschuldungssteuer mit Wirkung vom 1. Februar ab sich von monatlich 1,1 v. H. auf 1,8 v. H. des vollen Gebäudekatasters erhöht. Die gemeindliche Gebäudeentschuldungssteuer bleibt mit monatlich 0,6 v. H. unverändert. Die Gesamtsteuer (ohne Gemeindezuschlag), erhöht sich also auf monatlich 2,4 v. H. des vollen Gebäudekatasters. Die Gemeindebehörden sind angewiesen, die Gebäudebesitzer von der Erhöhung zu verständigen und die erhöhte Staatssteuer rechtzeitig einzuziehen und abzuliefern. Um eine einheitliche Behandlung der Befreiung der zu landwirtschaftlichen und ähnlichen Zwecken dienenden Gebäude von der Gebäudeentschuldungssteuer herbeizuführen, werden in dem Erlaß in Nr. 2 des „Staatsanzeigers" verschiedene Bestimmungen festgesetzt.

Urteil im Prozeß gegen die hessischen Kommunisten.

Leipzig, 28. Jan. In dem Hochverratsprozeß gegen die hessischen Kommunisten wurde heute mittag vor dem vereinigten Strafsenat des Reichsgerichts das Urteil gefällt. Wegen Vergehens bzw. Verbrechens gegen § 7 des Republikschutz-, § 7 des Sprengstoffgesetzes und § 3 der Waffenverordnung wurden verurteilt die Angeklagten Koeck, Haase und Gronen zu je

Haben Sie Fuss-beschwerden? Dann tragen Sie meine Korsana-Ballentrost-Fusshelf-Stiefel **B. Weigel** Pforzheim
Liebe Heimatgrüsse [illegible] Waisenhausplatz 2.
Viele Anerkennungen!

Jahren Gefängnis und [illegible] Lange und Hobeisel zu je [illegible] fängnis und 200 Mark Geldstrafe zu einem Jahr zwei [illegible] Geldstrafe. Das Verfahren [illegible] Die erkannten Geldstrafen [illegible] drei Monate, bei Gronen [illegible] Hobeisel je elf Monate, [illegible] fängnisstrafe sind durch die [illegible] den Angeklagten Lege, [illegible] war, wurde vom Reichsan[illegible]

Das Vertrau[illegible]

Das Vertrauensvotum [illegible] namentlicher Abstimmung [illegible] Stimmenthaltungen angenommen wurde von den [illegible] begleitet.

Die Stimmenverteilung [illegible]

Berlin, 29. Jan. In der [illegible] zur für den Vertrauensantrag [illegible] Zentrum 64, der Deutschen [illegible] partei 18, den Demokraten [illegible] Vereinigung ein Mitglied, [illegible] den Vertrauensantrag haben [illegible] nalen 102, den Kommunisten [illegible] glieder, sowie der fraktionslose [illegible] Der Stimme enthalten sich [illegible] 18 Mitglieder der Wirtschaftspartei [illegible] Abgeordnet.

Sitz[illegible]

Berlin, 28. Jan. Zu [illegible] verlangt Abg. Mayer-Franken [illegible] eines kommunistischen Antrags [illegible] bayerischen Polizei bei der [illegible] det. Abg. Frick (Nat.-Soz.) [illegible] Nationalsozialisten sowohl [illegible] frühen Polizeipraxis zu [illegible] Beratung des völkischen Antrags [illegible] zählungen. Beide Anträge [illegible] Aussprache über die Regierungserklärung. Abg. Henning (Völk.) erklärt [illegible] lers habe bewiesen, daß er [illegible] ten und die verbindende [illegible] wolle. Seine Partei werde [illegible] kürzesten Kampf ansagen. [illegible] politik müsse gestürzt werden. [illegible] henkerknechte am eigenen [illegible] Reichskanzler Dr. Luther [illegible] ten zu, daß er sich derartige [illegible] bitte. Das Haus bewächst [illegible] minutenlang werden Rufe: [illegible] Dr. Pell erklärt, Abg. Henning [illegible] einen so schweren Verstoß [illegible] gangen, daß er sich gezwungen [illegible] zu schließen, worauf Henning [illegible] Linken langsam den Saal [illegible] (Dn.) leitete seine Ausführungen [illegible] bedauerns und der Mißbilligung [illegible] ler Worte gebraucht worden [illegible] überschreiten. Weiter erklärt [illegible] Krise sei eine Krise des [illegible] und deshalb könnten die [illegible] Stimmenthaltung beschränken [illegible] deutschen Außenpolitik nicht [illegible] der internationalen Lage [illegible] Meinung, daß wir eine [illegible] könnten auf dem Wege einer [illegible] ren Feinden, aber wir dürfen [illegible] Nach den Enttäuschungen des [illegible] Locarnovertrag dürften wir [illegible] bare Gegenleistungen aus der [illegible] Partei so großen Wert auf [illegible] den Völkerbund von ganz [illegible] sig machen wolle. Auch die [illegible] der verlangt werden und [illegible] Selbstbestimmungsrecht nicht [illegible] mit den deutschen Volksgenossen [illegible] mit den vielen anderen Lasten [illegible] leben. — Abg. Können (Kom.) [illegible] demokraten, die er für das [illegible] gerdlokkabinetts verantwortlich [illegible] den Regierungsparteien ein[illegible] nung über ihren Vertrauensmann (Wirt. Ver.) kritisiert [illegible] Regierung, durch die der [illegible] laden für die Preispolitik [illegible] In der Hoffnung jedoch, [illegible] hand mehr entgegenkommen [illegible] Mißtrauensvotum stimmen [illegible] wird. Wenn das Kabinett [illegible] dann werde seine Partei [illegible] (Soz.) macht die Erfüllung [illegible] wirtschaftliche Not verantwortlich [illegible] bestreitet, daß die Sozialdemokratie [illegible] dem Eintritt in den Völkerbund [illegible] dadurch Deutschland von vielen [illegible] befreit werde. Der Redner [illegible] regierung innerhalb des Völkerbundes [illegible] raschen Abbau der fremden [illegible] befriedigend sei für seine [illegible] gramm der Regierung. [illegible] trauten sie jedoch, die Mißbilligung abzulehnen. Ein Vertrauensmann aus Gründen der Innenpolitik [illegible] sich bei der Abstimmung [illegible] gierungsparteien der Stimmenthaltung. Abg. [illegible] beantragt Ueberweisung [illegible] an den Ausschuß für auswärtige [illegible] des Abg. Graf Westarp (Dn.) [illegible] nalen betriebene Politik erklärt [illegible] u. a., die schwebenden Verhandlungen von Locarno hätten sich in einer Sitzung des auswärtigen [illegible] machen können. Auch auf [illegible] in den Völkerbund zusammen[illegible] gehen. Gegenüber Neuhaus [illegible] der Minister, es sei nicht richtig [illegible] die deutschnationalen Richtlinien [illegible] weit selbst habe Richtlinien [illegible] mit einer deutschnationalen [illegible] anderen von ihr abweichen. [illegible] Kürt der Minister dann [illegible] lehnungsmächte haben entgegen [illegible] nerlei Entschließung in dem [illegible] Besatzungstruppen in der [illegible] Mann oder annähernd diese [illegible] angemöchte, besonders Fran[illegible]

LANDKREIS CALW Kreisarchiv Calw

Jahren Gefängnis und 300 Mark Geldstrafe, die Angeklagten Lange und Hobeifel zu je zwei Jahren und drei Monaten Gefängnis und 200 Mark Geldstrafe und der Angeklagte Poppert zu einem Jahr zwei Monaten Gefängnis und 200 Mark Geldstrafe. Das Verfahren gegen zwei weitere kommunistische Die erkannten Geldstrafen, sowie bei Koeck und Haase ein Jahr drei Monate, bei Gronen zehn Monate und bei Lange und Hobeisel je elf Monate, sowie bei Poppert ein Monat der Gefängnisstrafe sind durch die Untersuchungshaft verbüßt. Gegen den Angeklagten Lege, der zur Verhandlung nicht erschienen war, wurde vom Reichsanwalt Haftbefehl erlassen.

Das Vertrauensvotum angenommen.

Das Vertrauensvotum der Regierungsparteien wurde in namentlicher Abstimmung mit 160 gegen 150 Stimmen bei 130 Stimmenthaltungen angenommen. Das Resultat der Abstimmung wurde von den Mittelparteien mit lauten Bravorufen begleitet.

Die Stimmenverteilung bei dem Vertrauensvotum für das Reichskabinett.

Berlin, 29. Jan. In der gestrigen Reichstagssitzung stimmten für den Vertrauensantrag der Regierungsparteien vom Zentrum 64, der Deutschen Volkspartei 47, der Bayer. Volkspartei 18, den Demokraten 30 und von der Wirtschaftlichen Vereinigung ein Mitglied, insgesamt 160 Mitglieder. Gegen den Vertrauensantrag haben gestimmt: von den Deutschnationalen 102, den Kommunisten 39 und den völkischen 8 Mitglieder, sowie der fraktionslose Katz, insgesamt 150 Mitglieder. Der Stimme enthalten haben sich 112 Sozialdemokraten und 18 Mitglieder der Wirtschaftlichen Vereinigung, insgesamt 130 Abgeordnete.

Sitzungsbericht.

Berlin, 28. Jan. Zu Beginn der heutigen Reichstagssitzung verlangt Abg. Mayer-Franken (Kommu.) die sofortige Beratung eines kommunistischen Antrags, der sich gegen die Praxis der bayerischen Polizei bei der Verfolgung der Linksparteien wendet. Abg. Frick (Nat.-Soz.) unterstützt den Antrag, da die Nationalsozialisten sowohl unter der bayerischen als der preußischen Polizeipraxis zu leiden hätten. Er verlangt ferner die Beratung des völkischen Antrags auf Einstellung der Daweszahlungen. Beide Anträge wurden jedoch abgelehnt und die Aussprache über die Regierungserklärung dann fortgesetzt. Abg. Henning (Völk.) erklärt, die gestrige Rede des Reichskanzlers habe bewiesen, daß er bedingungslos dem Völkerbund beitreten und die verhängnisvolle Erfüllungspolitik fortsetzen wolle. Seine Partei werde dem neuen Kabinett deshalb den schärfsten Kampf ansagen. Diese Regierung der Erfüllungspolitik müsse gestürzt werden. Sie sei eine Regierung der Henkersknechte am eigenen Volk. Bei diesen Worten springt Reichskanzler Dr. Luther erregt auf und ruft dem Abgeordneten zu, daß er sich derartige Bemerkungen ganz energisch verbitte. Des Hauses bemächtigt sich höchste Erregung und minutenlang werden Rufe: „Raus! Raus!" laut. Vizepräsident Dr. Bell erklärt, Abg. Henning habe mit seinen letzten Worten einen so schweren Verstoß gegen die Ordnung des Hauses begangen, daß er sich gezwungen sehe, ihn von der Sitzung auszuschließen, worauf Henning unter höhnischen Zurufen der Linken langsam den Saal verläßt. — Abg. v. Lindeiner-Wildau (Dn.) leitete seine Ausführungen mit dem Ausdruck des Bedauerns und der Mißbilligung ein, daß gegen den Reichskanzler Worte gebraucht worden seien, die das zulässige Maß weit überschreiten. Weiter erklärt der Redner, die gegenwärtige Krise sei eine Krise des parlamentarischen Systems überhaupt und deshalb könnten die Deutschnationalen sich nicht auf Stimmenthaltung beschränken. Sie hätten zu der heutigen deutschen Außenpolitik nicht das Vertrauen, daß sie dem Ernst der internationalen Lage gerecht werde. Zwar seien sie der Meinung, daß wir eine erfolgreiche Außenpolitik nur treiben könnten auf dem Wege einer Verständigung mit unseren früheren Feinden, aber wir dürften nicht allein die Gebenden sein. Nach den Enttäuschungen bezüglich der Rückwirkungen aus dem Locarnovertrag dürften wir den letzten Trumpf nicht ohne sichtbare Gegenleistungen aus der Hand geben und darum lege seine Partei so großen Wert auf ihren Antrag, der den Eintritt in den Völkerbund von ganz bestimmten Voraussetzungen abhängig machen wolle. Auch die Rückgabe der Kolonien müsse vorher verlangt werden und ebenso müsse Deutschland auf seinem Selbstbestimmungsrecht nicht nur hinsichtlich der Vereinigung mit den deutschen Volksgenossen in Oesterreich, sondern auch mit den vielen anderen Ländern zugesprochenen Deutschen bestehen. — Abg. Könen (Kommu.) polemisiert gegen die Sozialdemokraten, die er für das Fortbestehen des Luther'schen Bürgerblockkabinetts verantwortlich macht. — Inzwischen ist von den Regierungsparteien ein Antrag auf namentliche Abstimmung über ihren Vertrauensantrag eingegangen. — Abg. Drewitz (Wirt. Ver.) kritisiert die Preissenkungsaktion der vorigen Regierung, durch die der gewerbliche Mittelstand zum Prügelknaben für die Preispolitik der großen Kartelle gemacht werde. In der Hoffnung jedoch, daß das neue Kabinett dem Mittelstand mehr entgegenkomme, werde seine Partei nicht für ein Mißtrauensvotum stimmen und sich vorläufig neutral verhalten. Wenn das Kabinett seine Zusagen jedoch nicht einlöse, dann werde seine Partei es scharf bekämpfen. — Abg. Feder (Völk.) macht die Erfüllungspolitik der Regierung für die jetzige wirtschaftliche Not verantwortlich. — Abg. Breitscheid (Soz.) betont, daß die Sozialdemokratie gerade deshalb für den baldigen Eintritt in den Völkerbund eintrete, weil sie erwarte, daß dadurch Deutschland von vielen Lasten des Versailler Vertrags befreit werde. Der Redner erklärt und erwartet, daß die Reichsregierung innerhalb des Völkerbundes alles tun wird, um einen raschen Abbau der fremden Besatzung herbeizuführen. Unbefriedigend sei für seine Fraktion das innenpolitische Programm der Regierung. Gründe der auswärtigen Politik bestimmten sie jedoch, die Mißtrauensanträge gegen die Regierung abzulehnen. Ein Vertrauensvotum anzunehmen sei sie aus Gründen der Innenpolitik nicht in der Lage, weshalb sie sich bei der Abstimmung über das Vertrauensvotum der Regierungsparteien der Stimme enthalte. — Abg. Scholz (D. Vp.) beantragt Ueberweisung des deutschnationalen Antrags an den Ausschuß für auswärtige Politik. Nach Bemerkungen des Abg. Graf Westarp (Dn.) über die von den Deutschnationalen betriebene Politik erklärt Reichsminister Dr. Stresemann u. a., die schwebenden Verhandlungen über die Rückwirkungen von Locarno hätten sich inzwischen soweit entwickelt, daß er in einer Sitzung des auswärtigen Ausschusses darüber Mitteilungen machen könne. Auch auf die mit dem Eintritt Deutschlands in den Völkerbund zusammenhängenden Fragen werde er eingehen. Gegenüber Aeußerungen des Grafen Westarp erklärt der Minister, es sei nicht richtig, daß das erste Kabinett Luther die deutschnationalen Richtlinien akzeptiert habe. Das Kabinett selbst habe Richtlinien aufgestellt, die in einzelnen Punkten mit einer deutschnationalen Denkschrift übereinstimmten, in anderen von ihr abwichen. Bezüglich der Rückwirkungen erklärt der Minister dann noch: Die Regierungen der Besatzungsmächte haben entgegen gewissen Pressemeldungen keinerlei Entschließung in dem Sinne gefaßt, daß die Stärke der Besatzungstruppen in der zweiten und dritten Zone 75 000 Mann oder annähernd diese Zahl betragen soll. Die Besatzungsmächte, besonders Frankreich, bleiben bei der wiederholt von ihnen bekundeten Auffassung, daß die Zahl der Besatzungstruppen in sehr kurzer Zeit auf das denkbar geringste Maß vermindert werden soll derart, daß der in der Note der Botschafterkonferenz vorgesehene Zustand durchgeführt werden wird, sobald die Verträge von Locarno in Kraft getreten sind. Für die Räumung der Kölner Zone ist als Endtermin der 31. Januar, mitternachts, bestimmt. — Nach Schluß der Debatte nimmt das Haus die Abstimmung vor. Dabei wird der außenpolitische Antrag der Deutschnationalen gegen die Antragsteller und die Stimmen der Kommunisten dem auswärtigen Ausschuß überwiesen. In namentlicher Abstimmung wird dann der Vertrauensantrag mit 160 gegen 150 Stimmen bei 130 Stimmenthaltungen angenommen. Die Mißtrauensvoten sind damit erledigt. — Die nächste Sitzung findet morgen nachmittag 2 Uhr statt.

Der Flottenvorstoß 1918.

Berlin, 28. Jan. In der heutigen Sitzung des vierten Untersuchungsausschusses des Reichstagsausschusses über die Kriegsfragen wurden Darlegungen aus dem in Druck befindlichen Buch des ehemaligen Reichskanzlers Prinzen Max von Baden als Arbeitsmaterial bekanntgegeben, soweit sie die in den letzten Tagen wiederholt erörterte Stellungnahme zur Frage des letzten Flottenvorstoßes im Oktober 1918 enthalten. Prinz Max von Baden sagt in seinen Darlegungen, es treffe nicht zu, daß er über den beabsichtigten Flottenvorstoß vorher unterrichtet worden sei. In Gegenwart des Konteradmirals von Levetzow habe Admiral v. Scheer am 20. Oktober dem Sinn nach gesagt, daß der Hochseeflotte nach Einstellung des U-Bootkrieges die volle Freiheit des Handels zurückgegeben werden würde. Nie und nimmer habe er diese allgemein gehaltene Aeußerung als eine klare Ankündigung betrachtet, daß die deutsche Flotte innerhalb der nächsten zehn Tage den Kampf auf Leben und Tod mit der englischen Flotte suchen werde.

Unterredung zwischen Briand und Chamberlain.

Paris, 28. Jan. Die Unterredung mit Chamberlain und Briand dauerte von heute vormittag 10 Uhr bis gegen 12.15 Uhr. Wie Havas berichtet, erklärte Briand den ausländischen Pressevertretern, Chamberlain und er hätten bezüglich der verschiedenen von ihnen gestreiften Fragen keine entscheidenden Beschlüsse gefaßt. Es habe sich auch hier wieder der auf beiden Seiten bestehende außerordentlich lebhafte Wunsch nach einer engen und herzlichen Zusammenarbeit in allen Fragen kundgetan. Chamberlain bemerkte alsdann, der Meinungsaustausch mit Briand lasse keinen Zweifel darüber, daß Briand und er das Mittel finden würden, in Zukunft ebenso zusammenzuarbeiten wie bisher. Ueber die deutschen Forderungen betreffend die Stärke der alliierten Besatzungstruppen im Rheinland erklärte Briand, diese Frage sei von den deutschen Zeitungen polemisch behandelt worden. Sie werde aber im Geiste von Locarno geregelt werden, in dem man einerseits die Lasten der deutschen Bevölkerung auf ein Mindestmaß herabsetzen und andererseits der Sicherheit der alliierten Truppen Rechnung tragen werde. Seit Locarno sei übrigens ein großer Teil der Wünsche Deutschlands bereits verwirklicht worden. Was noch übrig bleibe, werde leicht zu regeln sein. Ebenso wird auch die Frage der Entwaffnung demnächst ihre Lösung finden. Chamberlain erklärte, man müsse das überblicken, was seit Locarno bereits getan worden sei, und das sei ein ungeheurer Fortschritt.

Der Räumungstermin für die Kölner Zone.

Paris, 28. Jan. Die Botschafterkonferenz hat dem deutschen Botschafter von Hösch eine Note überreicht, in der mitgeteilt wird, daß die Besetzung der Kölner Zone am 31. Jan. um Mitternacht ihr Ende erreicht.

Befreiungsfeier in Köln.

Köln, 28. Jan. Die soeben hier bekanntgewordene Nachricht, daß die Kölner Zone am 31. Januar um 12 Uhr nachts frei wird, hat hier allenthalben freudige Ueberraschung und Begeisterung hervorgerufen. Oberbürgermeister Adenauer hat sofort beim Kultusminister den Antrag gestellt, am 1. Februar den Schulunterricht ausfallen zu lassen. Wie das W.T.B. hört, findet in der Nacht zum 1. Februar mitternachts eine große öffentliche Befreiungsfeier auf dem Domplatz statt. Wenn die Mitternachtsstunde schlägt, beginnt die Deutsche Glocke am Rhein, die Petursglocke des Domes, zu läuten. Sämtliche Kirchenglocken folgen. Vor dem Hauptportal des Domes hält Oberbürgermeister Adenauer eine kurze Ansprache an die Bevölkerung. Die Feier wird durch den deutschen Rundfunksender in Königswusterhausen aufgenommen (durch die zurzeit in Köln stattfindende Deutsche Funkausstellung ist diese Möglichkeit gegeben) und an alle deutschen Rundfunkempfänger weitergeleitet.

Gerichtssaal.

Neuenbürg, 22. Jan. Vor dem großen Schöffengericht stand heute der 69 Jahre alte Wilhelm Haffner, gewesener Ober-Bahnhofvorstand in Unterreichenbach, OA. Calw, wegen erschwerter Privaturkundenfälschung. Haffner war beschuldigt, am 14. März und 13. April 1925 je eine Anzeige an die Staatsanwaltschaft Tübingen gegen Eisenbahnbedienstete des Bahnhofs Unterreichenbach unter falscher Namensunterschrift gemacht zu haben. Die Untersuchungen gegen diese von Haffner verdächtigten Beamten wurden von der Staatsanwaltschaft nach Feststellung der Unrichtigkeit eingestellt. Haffner leugnete, die Anzeigen an die Staatsanwaltschaft geschrieben zu haben und suchte glaubhaft zu machen, daß er mit den Beamten des Bahnhofs Unterreichenbach auf gutem Fuß gestanden sei. Durch die Zeugenvernehmung wurde ihm diese Behauptung zum größten Teil widerlegt. Dagegen wurde durch Zeugenaussage festgestellt, daß nach der Ankunft Haffners auf dem Bahnhof Unterreichenbach (April 1921) in Unterreichenbach an dem sogenannten Schwarzen Brett am Rathaus einigemal anonyme Anschläge angebracht worden seien, was seit dem Wegzug Haffners nicht mehr vorgekommen sei. Durch den Schreibsachverständigen, Polizeioberinspektor Bolkert aus Pforzheim, wurde dem Gericht ausführlich über die Uebereinstimmung der zu verschiedenen Zeiten von Haffner an seine Dienstbehörde und sonst geschriebenen Schriftstücke mit den an die Staatsanwaltschaft geschriebenen Anzeigen, Bericht erstattet. Die Staatsanwaltschaft beantragte für jeden Fall zwei Monate Gefängnis zusammen drei Monate Gefängnis. Der Beklagte, welcher sich gut zu verteidigen verstand, führte noch einige Fälle an, daß die Gerichte bei Schreibsachverständigen-Gutachten schon zu falschen Urteilen gekommen seien und bat dementsprechend um Freisprechung. Das Gericht sprach Haffner schuldig und erhielt er für jeden Fall drei Wochen, zusammen einen Monat Gefängnis, sowie Tragung der Gerichtskosten.

Deutsche Dampferhilfe aus Seenot. Der deutsche Dampfer „Bremen" rettete sechs Leute von der Mannschaft des britischen Frachtdampfers „Barrisian", der in der Mitte des Ozeans sich in höchster Gefahr befand. 24 Leute der Mannschaft sind vorläufig auf dem Schiff geblieben, das von heftigen Wellen überspült wird. Die Schotten sind bereits vom Wasser eingedrückt. Die „Barrisian", deren Sinken man jeden Augenblick befürchtet, hat Fackeln angebrannt, um mit der „Bremen" in Verbindung zu bleiben. Die Temperatur beträgt Null Grad.

Amerikas Wirtschaftsblüte. Die mehr als 8000 Angestellten der Allgemeinen Motor-Gesellschaft in Detroit, einer Konkurrenzgesellschaft der Fordschen Automobilfabrik, sind durch die Mitteilung freudig überrascht worden, daß ein Teil des Reingewinns im Betrage von 11 Millionen Dollar unter sie verteilt werden soll. Dieser Betrag ist vom Reingewinn noch übrig geblieben, nachdem Ende des Jahres 1925 den Aktionären eine Sonderdividende im Gesamtbetrag von 25 Millionen Dollar zugefallen ist. Diese Ziffern sind bezeichnend für die Wirtschaftsblüte, deren sich die Vereinigten Staaten von Nordamerika erfreuen.

Stadtgemeinde Wildbad.

Nadel-Stammholz-Verkauf.

Laub-Stammholz-Verkauf.

Aus Stadtwald Meistern, Sommerberg, An der Linie, Wanne, Kegeltal kommen zum Verkauf im schriftlichen Aufstreich:

274 Fi., 627 Ta., 306 Fo. mit Festm. Langholz: Norm. I. Kl. 91, II. Kl. 136, III. Kl. 183, IV. Kl. 101, V. Kl. 89, VI. Kl. 38 Ausschuß I. Kl. 100, II. Kl. 55, III. Kl. 77, IV. Kl. 26, V. Kl. 14, VI. Kl. 2.

4 Fi., 59 Ta., 51 Fo. mit Fm. Sägholz: Norm. I. Klasse 30, II. Kl. 32, III. Kl. 9. Ausschuß I. Kl. 12, II. Klasse 13, III. Kl. 7.

13 Bu. mit 7,14 Fm., 8 E. mit 4,40 Fm., 2 Kast. mit 0,29 Fm., 2 Bi. mit 0,18 Fm.

Bedingungslose Angebote in ganzen Prozenten der Landesgrundpreise 1926 ausgedrückt und mit der Aufschrift „Gebot auf Nadelstammholz und Laubstammholz" versehen sind bis **Samstag, den 6. Februar 1926, vorm. 10 Uhr,** bei dem Stadtschultheißenamt einzureichen. Eröffnung der Gebote zu dieser Zeit auf dem Rathaus; Verkaufsbedingungen und Losverzeichnisse durch die Stadtpflege. Bahnstation Wildbad; Entfernung der Schläge zur Bahn 1—12 Km.

Stadtschultheißenamt.

Immer noch konkurrenzlos

ist die Versicherungszeitschrift

„Nach Feierabend".

Das beweisen unsere Auszahlungen. — Im vergangenen Jahr wurden in hiesiger Gegend ausbezahlt für tödliche Unfälle:

1. Wilh. Lausch, Brötzingen, Brunnenst. 5	ℳ 1000
2. Ludwig Pfeiffer in Unterreichenbach	„ 1000
3. W. Schweizer, Pforzh., Gymnasiumstr.	„ 750
4. Karl Pfisterer, Pforzh., Zehnthofstr.	„ 1000
5. Andreas Zentner in Wimsheim	„ 1000
6. Christian Strohhäcker in Birkenfeld	„ 1000
7. Georg Rathfelder in Hirsau	„ 1000
8. Andr. Söhnle, Pforzheim, Westl. 184	„ 3000
Für kleinere Unfälle wurden bezahlt	„ 940
Für Sterbegelder	„ 4375

Darum bestelle niemand sein Blatt ab.

Wer noch nicht Abonnent ist, bestelle sofort bei der Agentur des Ortes und bei den Reisenden des General-Vertreters

Ad. Sommer, Pforzheim,

Enzstraße 35.

Oeffentlicher Dank!

Ich litt lange Jahre an chronischem

Rückenmarks- und Nervenleiden,

das mit einer schweren Lähmung der Beine verbunden war. Durch Zufall wurde mir die Pyrmoor-Heilanstalt München empfohlen und ich war nach vierwöchentlicher Behandlung mit der **Pyrmoor-Badekur** bereits so vorzüglich hergestellt, daß ich wieder drei Treppen steigen und mich meines Lebens freuen kann, da ich sechs Jahre an die Stube gefesselt und allgemein als unheilbar aufgegeben war. Zu diesem neuen Erfolg ihrer großartigen Behandlungsmethode spreche ich der Pyrmoor-Heilanstalt, München, Rosental 15, meinen herzlichsten Dank öffentlich aus und ich empfehle die Kur, die bequem zu Hause durchführbar ist, allen Nerven- und Gelenkleidenden auf das wärmste. 7. 7. 25. **Carl Hennig**, Eisenbahnzugführer i. R.

Auskunft erteilt das Pyrmoor-Naturheil-Institut, München 22, Rosental 15. (Doppelbriefporto beifügen). Seit 25 Jahren anerkannte Erfolge bei Lähmungen, Nervenkrämpfen, Gelenkerkrankungen, Epilepsie, Gicht.

Hunderte von Anerkennungsschreiben (ärztlich gel.)

Schömberg.

Einen noch gut erhaltenen

Ofen

mit **Vorherd**, sowie eine **eiserne Herdplatte** mit **gußeisernen Häfen** und einen

neuen Ofen,

ungebraucht, hat gegen Barzahlung zu verkaufen

Ph. Baier, Hauptstr. 25.

4000 bis 5000 Mark

von tüchtigem Geschäftsmann gegen sehr gute Sicherheit auf 1. März gesucht.

Angebote unter **F. R. 100** an die „Enztäler"-Geschäftsstelle.

Visiten-Karten

liefert rasch und billig

C. Meeh'sche Buchdruckerei.

Oberamt Neuenbürg.

Bekanntmachung der Abstimmungsbezirke, der Wahlräume, der Wahlvorsteher und deren Stellvertreter bei der am 14. Februar 1926 stattfindenden

Landwirtschaftskammerwahl.

Abstimmungsbezirk Nr.	Gemeinde	Wahlraum im	Wahlvorsteher	Stellvertreter des Wahlvorstehers
1.	Neuenbürg	Rathaus	Ratschreiber Schäfer	Stadtpfleger Eisich
2.	Arnbach	"	Schultheiß Lenz	Gemeinderat Hermann
3.	Beinberg	"	" Schaible	" Aldinger
4.	Bernbach	"	" Kull	" E. Pfeifer
5.	Bieselsberg	"	" Burkhardt	Gemeindepfleger Kusterer
6.	Birkenfeld	"	Ratschreiber Bärkle	" Bolay
7.	Calmbach	"	" Schweitzer	" Sorger
8.	Conweiler	"	Schultheiß Langenstein	" Scheurer
9.	Dennach	"	" Mohrlok	Gemeinderat Wankmüller
10.	Dobel	"	" Allinger	Gemeindepfleger Ruff
11.	Engelsbrand	"	" Wurster	Gemeinderat Stoll
12.	Enzklösterle	"	" Keppler	" Knaus
13.	Feldrennach	"	" Schleeh	" Kling
14.	Gräfenhausen	"	" Kircher	Anwalt Reuster
15.	Grunbach	"	" Wörner	Gemeinderat Fr. Kusterer
16.	Herrenalb	"	Stadtschultheiß Grüb	" Walther
17.	Höfen	"	Schultheiß Feldweg	" W. Großmann
18.	Igelsloch	"	" Krauß	" Roller
19.	Kapfenhardt	"	" Kirchherr	" Klotz
20.	Langenbrand	"	" Rentschler	" Dittus
21.	Loffenau	"	" Keim	" Fieg
22.	Maisenbach	"	" Stoll	" Rentschler
23.	Neusatz	"	" Knöller	" Wilh. Kull
24.	Oberlengenhardt	"	" Stahl	Gemeindepfleger Rexer
25.	Oberniebelsbach	"	" Boger	Gemeinderat Ott
26.	Ottenhausen	"	" Keßler	Christian Schmidt, Müller
27.	Rotensol	"	" Schaible	Gemeindepfleger Kull
28.	Salmbach	"	" Ecker	" Dittus
29.	Schömberg	"	" Hermann	Gemeinderat Rometsch
30.	Schwann	"	Gemeinderat Kappler	" Finter
31.	Schwarzenberg	"	Schultheiß Baier	Gemeindepfleger Kraft
32.	Unterlengenhardt	"	" Kugele	Gemeinderat Sattler
33.	Unterniebelsbach	"	" Karcher	" Hermann
34.	Waldrennach	"	" Kachler	" Ehrhardt
35.	Wildbad	"	Obersekretär Bolsinger	Stadtpflegebuchhalter Brachhold

Neuenbürg, den 27. Januar 1926.

Oberamt: Lempp.

Senkung der Milchpreise.

Im Verhandlungsweg mit den Milch-Erzeuger- und Händlerkreisen wurden mit sofortiger Wirkung folgende Preisermäßigungen festgesetzt:

1. Stallpreis der Erzeuger:
   Der Milcherzeugerpreis wird gegenüber den Dezemberpreisen um 2 Pfennig ermäßigt. In Gemeinden, in welchen eine weitergehende Preissenkung bereits zugestanden ist, soll eine Aenderung nicht eintreten. Der Mindestpreis soll 20 Pfg. pro Liter betragen.
2. Kleinverkaufspreise in Verbrauchergemeinden:
   Als Kleinverkaufs-Richtpreise sind anzusehen pro 1 Liter Milch:

in Neuenbürg	30 Pfg.	in Höfen	29 Pfg.
in Birkenfeld	30 Pfg.	in Schömberg	26 Pfg.
in Calmbach	30 Pfg.	in Wildbad	30 Pfg.
in Herrenalb	30 Pfg.		

Neuenbürg, den 27. Januar 1926.

Bezirks-Preisprüfungsstelle:
Kübler.

Forstamt Herrenalb.

Stein-Beifuhr-Akkord.

Am **Mittwoch, 3. Februar 1926**, nachmittags 4 Uhr, wird in der „Germania" in Herrenalb die **Beifuhr von zirka 1200 Kubikmeter Steinen** aus sämtlichen Steinbrüchen des Forstbezirks im öffentlichen Abstreich vergeben.

Evangel. Kirchenchor Calmbach.

Beginn der regelmäßigen Singstunden

am **Montag, 1. Februar, abends 8 Uhr**, im **Schulhaus**.

Bezirks-Arbeitsamt Neuenbürg.

Telefon Nr. 53.

Wir suchen:

2 Gärtner für Saisonstellen, **2 Dienstmädchen** für Privathaushaltungen (mit Kochkenntnissen), **1 landw. Dienstknecht**, **8 Dienstmädchen**, welche nebenbei etwas in der Landwirtschaft mithelfen, ferner für Saisonstellen: **1 Waschmädchen, 1 Weißzeugmädchen, 2 Küchenmädchen, 1 Hausmädchen, 2 Zimmermädchen, 1 Saaltochter, 2 Servierfräulein.**

Zur Ausbildung als **Verkäuferin** suchen wir für sofort ein **junges Mädchen.**

Konto-Büchlein
empf. **C. Meeh'sche Buchdrck.**

Wer verkaufen will, muß inserieren.

Für die

Weiße Woche

biete ich Ihnen nicht nur die üblichen Vorteile, ich biete Ihnen vielmehr

Außergewöhnliches

Da ich fertige Damen-Wäsche, Herren-Wäsche und viele Wäscheposten, die ich abstossen will, teils **unter** Einkaufspreisen verkaufe. — Preise allein besagen nichts, kommen Sie zu mir und überzeugen Sie sich!

Vorverkauf ab Samstag!

J. Frank

Westl. 29 **Pforzheim** I. Etage

Fordern Sie die „Blauband-Woche" zu jedem Pfund.

Stadt Wildbad.

Nutzbeig- u. Brenn-Holz-Verkauf

im mündlichen Aufstreich am **Freitag, den 5 Februar 1926, vormittags 9½ Uhr**, in Wildbad auf dem Rathaus aus Stadtwald Meistern, An der Linie, Kegeltal:

Nutzbeigholz: Rm.: Bu. Scheiter 15, Ta. Ausschuß 1, Pap. II. Kl. 24, Pap. III. Kl. 38, Fo. Rugel 2.

Brennholz: Bu. Scheiter 69, Bu. Anbr. 10, Bu. Pr. 125, Ei. Anbr. 44, Bi. 1, Ta. Pr. 12, Fi. Pr. 8, Nadelanbruch 288, Ei. 4, Bu. 32, Nadelholz 42.

Auszüge durch die Stadtpflege.

Die Kunden in laufender Rechnung werden gebeten, ihre **Konto-Gegenbücher** zwecks Vornahme des Sem.-Abschlusses hereinzugeben.

Gewerbebank Neuenbürg,
e. G. m. b. H.

Neuenbürg.

Wegen Aufgabe meines Geschäfts

veranstalte ich einen

Räumungs-Ausverkauf

zu bedeutend ermäßigten Preisen.

Aug. Scheuerle We

Reichsbund

der Kriegsbeschädigten, Kriegsteilnehmer und Kriegshinterbliebenen.

Bezirk Neuenbürg.

Kommenden Sonntag, den 31. Januar, nachmittags 2 Uhr, findet im **Gasthaus zur „Sonne"** in **Höfen a. E.** eine

Bezirks-Versammlung

statt, wozu sämtliche Mitglieder und Interessenten eingeladen werden. — **Morgens 10 Uhr** ist eine

Vorstände-Konferenz.

Die Bezirksleitung.

Schwann.
Ein neues lerchenes

Güllenfaß

hat zu verkaufen
König, Küfer.

Turnergesangverein Neuenbürg.

Morgen Samstag **abend ½8 Uhr** wieder

Vollsingstunde.

Alle Sänger erwartet
der Vorstand.

Neuenbürg.
Schön möbliertes

Zimmer

für sofort zu vermieten.
Zu erfragen in der „Enztäler"-Geschäftsstelle.

Birkenfeld.
Zwei schöne

Zucht-Rinder,

14 und 15 Monate alt, sind zu verkaufen
Dietlinger Straße 47.

Inventur-Ausverkauf!

Von heute bis 12. Februar gewähre ich auf sämtliche Waren (ausgenommen Lebensmittel)

10 Prozent Rabatt!

Einzelne Artikel davon weit unter Ankaufspreis

Carl Pfister. Neuenbürg

Neuenbürg.
Prima argentinisches

Mastochsenfleisch

per Pfund **Mk. — 85** empfiehlt

Wilh. Reiß, Witwe, zum „Ochsen"